



Wäre es gerechtfertigt, die Gehälter der Bürgermeister zu erhöhen?



Foto: Oskar Zingerle

ANDREAS SCHATZER,
Präsident des Gemeindenverbandes:
„Die Aufgaben werden immer komplexer, der Zeitaufwand steigt“

Der Hintergrund:

Es ist ein ewiges Thema: Wie viel darf Politik kosten? Im Grunde ist es eine Neiddebatte, die durch die Berichterstattung mancher Medien befeuert wird. In Südtirol ist es ein offenes Geheimnis, dass Landtagsabgeordnete eine mehr als ausreichende Amtsentschädigung erhalten, während jene der Bürgermeister und Referenten sehr überschaubar ist – was dazu führt, dass sich manchmal niemand findet, der sich dafür „opfert“. Zur Erhöhung der Bürgermeistergehälter gibt es aber im Moment keinerlei Initiativen – zumindest offiziell.



Foto: Manuela Tessaro

MARIA ELISABETH RIEDER,
Landtagsabgeordnete:
„Zuerst müssen die öffentlich Bediensteten eine angemessene Inflations- und Gehaltsanpassung erhalten“

JA Das Aufgabengebiet der Gemeinden und damit der Bürgermeister ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Die Aufgaben werden immer komplexer, die Bürokratie nimmt weiter zu, und auch der Zeitaufwand steigt. An Sonn- und Feiertagen ist bei Notwendigkeiten der Einsatz genauso gefragt wie in den Nachtstunden. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister treffen täglich Entscheidungen, müssen Kompromisse finden und sollen mit den Bürgern Projekte entwickeln – eine Tätigkeit, die mit 40 Wochenstunden nicht machbar ist. Dazu kommen Verantwortung und Haftung, die mit der Unterschrift verbunden sind. Anzeigen gegen die Gemeinde und gegen den Bürgermeister werden ebenfalls nicht mehr gescheut. Ein Blick auf die Zahlen zeigt, dass die Amtsentschädigung der Bürgermeister seit dem Jahr 2010 in kleineren und mittelgroßen Gemeinden zwar um acht Prozent und in größeren Gemeinden um vier Prozent gestiegen ist; in den Städten mit mehr als 15.000 Einwohnern blieb die Amtsentschädigung jedoch unverändert, obwohl in den letzten 14 Jahren die Inflation knapp 40 Prozent betrug. Durch das komplexe Arbeitsfeld, die gestiegene Verantwortung und die erforderlichen Kompetenzen in Fachwissen und Konfliktbewältigung sind die Entschädigungen nicht mehr angemessen. Fähige und engagierte Bürgermeister müssen ihren eigentlichen Beruf zeitweise aufgeben; daher muss die Entschädigung dem gestiegenen Aufwand und der Verantwortung sowie dem geforderten Einsatz entsprechen. ■

NEIN Ich schätze die Arbeit der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in unserem Land sehr; sie verdienen sich auch eine angemessene Entschädigung. Die Forderung des Rates der Gemeinden, die Gehälter der Bürgermeister um 20 bis 30 Prozent zu erhöhen, halte ich aber für übertrieben und realitätsfremd. Dafür haben die Südtirolerinnen und Südtiroler, die seit Jahren große Reallohnverluste hinnehmen müssen, kein Verständnis. Tatsache ist, dass viele Beschäftigte seit Jahren auf Lohnerhöhungen warten, die angesichts der hohen Lebenshaltungskosten in Südtirol mehr als notwendig wären. Doch immer wieder heißt es, höhere Löhne seien wegen der hohen Lohnnebenkosten nicht möglich. So warten die öffentlich Bediensteten immer noch auf die Inflationsanpassung für die Jahre 2022–2024; die Verhandlungen dazu haben gerade erst begonnen. Tatsache ist auch, dass die Gehälter der Bürgermeister bereits mit Jänner 2023 angepasst wurden. Damals wurden die Gehälter in den Gemeinden bis zu 10.000 Einwohner um acht Prozent und für die Bürgermeister in den Gemeinden bis zu 15.000 Einwohner um vier Prozent erhöht. Eine Inflationsanpassung der Gehälter der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ist zukünftig durchaus angebracht, aber erst nachdem die öffentlich Bediensteten eine angemessene Inflations- und Gehaltsanpassung erhalten und auch in der Privatwirtschaft höhere Löhne bezahlt werden. Alles andere ist für die Bevölkerung nicht nachvollziehbar. ■